

Polkowski, Andreas; Plötz, Peter

Article — Published Version

Anhaltendes Wirtschaftswachstum in Estland, Lettland und Litauen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Polkowski, Andreas; Plötz, Peter (2002) : Anhaltendes Wirtschaftswachstum in Estland, Lettland und Litauen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 82, Iss. 10, pp. 627-633

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/41305>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Andreas Polkowski, Peter Plötz*

Anhaltendes Wirtschaftswachstum in Estland, Lettland und Litauen

Seit der wiedergewonnenen Unabhängigkeit führen die baltischen Staaten tiefgreifende Reformen durch und verfolgen zielstrebig die EU- und NATO-Mitgliedschaft. Sie sind Beispiele einer erfolgreichen Transformation, was auch die jüngsten Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission eindeutig belegen¹. Alle drei Länder können daher mit dem EU-Beitritt im Jahre 2004 durchaus rechnen.

Trotz der verschlechterten Weltkonjunktur befanden sich die baltischen Staaten 2001 in einem kräftigen Aufschwung. Mit einem Anstieg des BIP um real 7,6% gegenüber 2000 hat die lettische Wirtschaft im vergangenen Jahr das beste Ergebnis unter den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern erzielt. In Litauen betrug das reale Wachstum 5,9% und in Estland 5,4%. Während der hohe BIP-Anstieg in Lettland und Litauen auf eine starke Binnennachfrage und steigende Exporte zurückzuführen ist, zeigte sich in Estland nur die Inlandsnachfrage insgesamt robust. Von Westeuropa gingen zwar dämpfende Effekte auf alle drei baltischen Volkswirtschaften aus, die jedoch in Lettland und Litauen durch die expandierende Nachfrage der MOE-Staaten, allen voran Russlands, kompensiert wurden. Die Hauptstütze der Konjunktur in Estland waren die Anlageinvestitionen. Im ersten Quartal 2002 sank das BIP gegenüber der Vorjahresperiode in allen drei Ländern saisonbereinigt geringfügig. Die mittelfristigen Prognosen der baltischen und internationalen Organisationen sind für alle drei Länder positiv. Für das reale BIP werden jährliche Wachstumsraten von 4-6,4% prognostiziert.

Wirtschaftsentwicklung

Estland: Die Konjunktur in Estland befand sich 2001 trotz des verschlechterten internationalen Umfeldes auf einem stabilen Aufwärtstrend. Im Jahresdurchschnitt 2001 erhöhte sich das BIP gegenüber 2000 real um 5,4%. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte

waren ausgeprägt; sie konnten die deutlich schwächeren außenwirtschaftlichen Impulse weitgehend kompensieren. Hauptstütze der Konjunktur waren die Anlageinvestitionen, die in Erwartung des EU-Beitritts, dank günstiger Absatz- und Ertragsaussichten, niedriger Fremdfinanzierungskosten und hoher Liquidität im Bankensektor sowie steuerlich präferierter Eigenfinanzierung deutlich an Schwung gewannen (+17,2%). Unter dem weltweiten Ende des Booms in der Informationstechnologie litt auch die IT-Branche in Estland, deren Produkte nach Veredelung reexportiert werden. Insgesamt hat die Dynamik der Industrieproduktion spürbar nachgelassen. Der reale Produktionsanstieg des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau) schwächte sich auf 7,9% ab (2000: +16,8%).

In diesem Jahr bleiben Binnen- und Außennachfrage aufwärts gerichtet, aber verhaltener als 2001. Alles in allem bleibt der Aufwärtstrend intakt. Das BIP wird in diesem Jahr unter der Annahme eines EU-Wachstums von 1,4% mit einer Rate von 4,5%, im Jahr 2003 mit einer Rate von 5,5% aufwärts gerichtet sein.

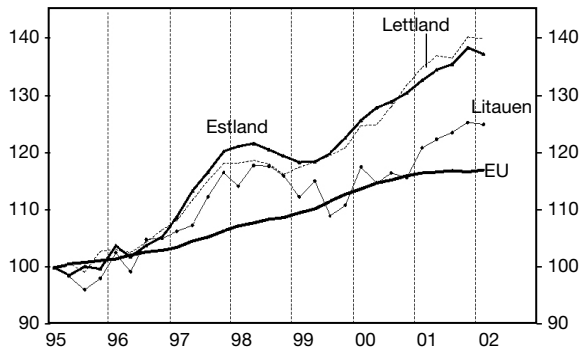
Lettland: Die Entwicklung des BIP Lettlands im Jahre 2001 hat deutlich gemacht, dass dieses nicht zufällig zustande kam, sondern vielmehr den Neubeginn

* Das HWWA und andere deutsche Forschungsinstitute begleiten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie die Transformation in Mittel- und Osteuropa seit der Wende. Das HWWA ist dabei auf die baltischen Staaten spezialisiert und veröffentlicht regelmäßig Analysen über die Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen. Zudem wurde im Jahre 2002 ein Informations- und Dokumentations-Projekt (IDP) „Baltische Staaten“ im HWWA aufgebaut, das Daten und Informationen über die ökonomische Entwicklung in den baltischen Staaten auf den Internetseiten des HWWA zur Verfügung stellt. Eine ausführliche Analyse der baltischen Staaten finden Sie im HWWA Report Nr. 219 „Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen“ sowie auf der Website des HWWA <http://www.hwwa.de> (Baltische Staaten).

¹ Strategy Paper and Regular Reports on the progress towards accession by each of the candidate countries, October 9, 2002, <http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/>

Dr. Andreas Polkowski, 54, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Europäische Integration“ und Dr. Peter Plötz, 60, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Informationsdienstleistungen“ im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA).

Abbildung 1
Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes¹
 (Länderquerschnitte)



¹ Index: Erstes Quartal 1995 = 100, auf Basis saisonbereinigter Werte.

Quelle: Statistisches Amt Estland, Lettland, Litauen - eigene Berechnungen.

einer dynamischen Entwicklung der lettischen Wirtschaft nach der Russlandkrise markierte. Mit einem Anstieg des BIP um real 7,6% gegenüber 2000 hat die lettische Wirtschaft im vergangenen Jahr das beste Ergebnis unter den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern erzielt. Das Wirtschaftswachstum im Jahr 2001 wurde von allen Sektoren, mit Ausnahme der Fischereiwirtschaft (-14,3%), getragen. Da die Fischereiwirtschaft mit einem Anteil von nur 0,3% am BIP beteiligt ist, wirkte sich der Rückgang kaum auf die Gesamtwirtschaftsleistung aus. Besonders hervorzuheben ist die ununterbrochen positive Entwicklung des Dienstleistungssektors, der mit rund 71% den höchsten Beitrag zum BIP leistet; er ist real um 8,1% gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Ein noch stärkeres Wachstum als der Dienstleistungssektor wies mit 9,5% die verarbeitende Industrie auf, allerdings liegt ihr BIP-Beitrag bei nur knapp 15%; er ist während der Systemtransformation um die Hälfte geschrumpft. Besonders dynamisch entwickelt sich die Elektro- und Elektronikindustrie. Nach dem Willen der Regierung soll der IT-Bereich in den nächsten Jahren eine größere Rolle spielen. Die mittelfristigen Prognosen der lettischen Experten sind optimistisch. Sie gehen von jährlichen BIP-Zuwachsraten in den Jahren 2003-2007 von 5,0%-6,4% aus. Die Prognosen sehen vor allem im guten Investitionsklima und in kräftig expandierenden Exporten von Gütern und Dienstleistungen auf die EU- und GUS-Märkte einen starken Wachstumsmotor. Nur bei guten Absatzmöglichkeiten auf dem russischen Markt für lettische Waren und einem prosperierenden Transitgeschäft lassen sich die höheren prognostizierten BIP-Wachstumsraten in den nächsten Jahren erzielen.

Für das Gesamtjahr 2002 erwarten die lettischen Experten des Wirtschaftsministeriums und der Zentralbank in Riga ein Wachstum des BIP von 5,0%. Die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrer im April 2002 abgegebenen Prognose von 6,0% aus. Zur Begründung werden die günstigen Konjunkturaussichten für die mittel- und osteuropäische Region sowie die konjunkturelle Belebung in Westeuropa angeführt.

Litauen: Der wirtschaftliche Aufschwung Litauens hat 2001 an Fahrt gewonnen. Von Westeuropa gingen zwar dämpfende Effekte aus, die jedoch durch die expandierende Nachfrage der MOE-Staaten kompensiert wurden. Die Expansion der gesamtwirtschaftl-

Tabelle 1
Die baltischen Staaten und ihre Wirtschaftsleistung 2001

	Fläche		Bevölkerung		Erwerbstätige		BIP in Kaufkraftparitäten				BIP-Wachstumsrate gegenüber Vorjahr in %
	1000 km ²	Anteil in % EU-Anwärter	Mill. Pers.	Anteil in % EU-Anwärter	Mill. Pers.	Anteil in % EU-Anwärter	Mrd. Euro	Anteil in % EU-Anwärter	Euro/ Einwohner	Euro/ Einwohner in % des EU-Durchschnitts	
Estland	45,2	4,2	1,4	1,4	0,6	1,6	13,4	1,4	9800	42,0	5,4
Lettland	64,6	6,0	2,4	2,3	1,0	2,7	18,1	1,9	7700	33,0	7,6
Litauen	65,3	6,1	3,5	3,4	1,5	4,1	30,3	3,2	8700	38,0	5,9
nachrichtlich:											
EU-Anwärter ^a	1077,5	100,0	103,5	100,0	36,5	100,0	949,9	100,0	10010	40,0	3,2 ^b
EU-15	3191,1	100,0	377,5	100,0	163,9	100,0	8816,9	100,0	23360	100,0	1,5

^a Zehn MOE-Länder. ^b Gewichtet mit dem BIP in US- $\text{\$}$.

Quelle: Bundesagentur für Außenwirtschaft (Hrsg.): Osteuropa im Integrationsprozess, Aktuelle Analysen führender deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des BMWi, Sammelband 2002; Strategy Paper and Regular Reports on progress towards accession by each candidate countries, October 9, 2002, <http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/>; eigene Berechnungen.

chen Produktion betrug im Jahresvergleich gegenüber 2000 real 5,9%. Die Investitionsquote erhöhte sich – erstmals nach einem Rückgang in drei aufeinander folgenden Jahren - auf 21,5%. Die Industrieproduktion stieg im Jahresdurchschnitt sehr kräftig (+18,4%). Das Nahrungsmittelgewerbe hat den durch die Russlandkrise 1999 ausgelösten Produktionsrückgang nicht wieder ausgleichen können. Nach einer leichten Erholung 2000 (+1,9%) sank die Produktion 2001 um 1,2%. Der zweitwichtigste Industriezweig Litauens, die Mineralölverarbeitung, zeigte sich nach Produktionsstillständen in den Jahren 1999 und 2000 in der Raffinerie in Mazeikiai im vergangenen Jahr gut erholt. Im Jahresvergleich 2001 stieg der Absatz um 47,3% (1999: -37,8%; 2000: -7,5%). Der Maschinenbau konnte seinen Absatz um 25,8% erhöhen.

Im Verlauf diesen Jahres werden die dämpfenden Effekte von der westeuropäischen Konjunktur geringer. Bei zunächst rückläufigen Exporten wird die Binnennachfrage vornehmlich in diesem Jahr als Konjunkturstütze an Bedeutung gewinnen. Alles in allem dürfte im laufenden und im nächsten Jahr das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo zwar an Fahrt verlieren, aber immer noch rund doppelt so hoch sein wie im Euroraum. Das Finanzministerium prognostiziert im laufendem Jahr einen Anstieg des realen BIP um 4,0%, 2003 um 5,1%.

Staatshaushalt und monetäre Indikatoren

Estland: Weil das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Estland 2001 höher ausfiel als prognostiziert, übertrafen die Budgeteinnahmen die geplanten Einnahmen marginal (3,2%). Da die Zentralregierung – im Gegen-

satz zu den Kommunen – strenge Ausgabendisziplin wahrte, war das zurückliegende Fiskaljahr mit Blick auf die Konsolidierungspolitik erfolgreich. Erstmals seit 1997 wurde ein gesamtstaatlicher Einnahmeüberschuss erzielt, der sich auf 0,4% des BIP belief. Auch für 2002 wurde in Übereinstimmung mit der gesetzlichen Vorgabe ein ausgeglichener Haushalt verabschiedet. Der Verteidigungsetat wurde auf die von der NATO für Beitrittskandidaten vorgegebenen Größe von 2% des BIP erhöht (2,04 Mrd. EEK). Gegenüber dem Haushalt 2001 erhöhen sich unter anderem die Ausgaben für das Kindergeld, für die Besoldung der Lehrer sowie die Subventionsleistungen an Unternehmen und die Landwirtschaft. Die Zuweisungen an die Kommunen sinken. Im Rahmen der Harmonisierung estnischer Steuersätze mit denen der EU wurden zum 1. Juli 2002 die Verbrauchssteuern für Zigaretten angehoben. Anfang Juni 2002 billigte das Parlament einen Nachtragshaushalt in Höhe von 410 Mill. EEK. Knapp 100 Mill. EEK werden für die Finanzierung der zum 1. Juli angehobenen Altersrenten, die restlichen Mittel für die Umsetzung der wichtigsten Koalitionsvereinbarungen benötigt (unter anderem Transfers an Gebietskörperschaften, Schulspeisung, Polizeipensionen).

Stark expansiv ausgerichtet war die Geldpolitik Estlands. Sie reagierte mit geringer zeitlicher Verzögerung auf die Zinssenkungen im Euroraum. Der Abstand zwischen dem Zinsniveau im Euroraum und in Estland verringerte sich auf einen „All-Zeit-Tiefststand“. Im Jahresdurchschnitt sanken die Finanzierungskosten für langfristige Kredite um knapp 2 Prozentpunkte auf den niedrigsten Stand seit Transformationsbeginn.

Tabelle 2
Ausgewählte gesamtwirtschaftliche Indikatoren der baltischen Staaten 1991-2001

	Arbeitslosenquote in % der Beschäftigten insgesamt				Inflationsrate Verbraucherpreise gegenüber Vorjahr, Jahres- durchschnitt				Investitionsquote in % des BIP				Budgetsaldo in % des BIP			
	1991	1995	1999	2001	1991	1995	1999	2001	1991	1995	1999	2001	1991	1995	1999	2001
Estland	6,5	9,7	13,0	11,9	211,0	28,9	3,3	5,8	19,5	26,0	25,1	25,4	0,2	-1,2	-4,6	0,4
Lettland	0,6	6,6	13,5	13,1	172,0	25,0	2,4	2,5	,	15,1	25,1	25,7	-0,8	-3,1	-3,7	-1,9
Litauen	0,3	7,3	15,3	17,5	224,7	39,6	0,8	1,3	24,3	24,7	22,7	21,5	2,7	-4,5	-7,4	-2,2
nachrichtlich:																
EU-Anwärter ^a	6,0	9,3	12,6	13,9	88,1	25,2	11,0	9,4	18,8	21,5	26,0	25,4	-2,9	-2,9	-2,2	-3,6
EU-15	8,0	10,5	9,0	7,6	4,8	2,9	1,2	2,3	21,0	19,8	21,1	21,0	-4,3	-5,4	-0,7	-0,2

^a Summe der zehn MOE-Länder. Die Angaben sind gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen bzw. mit dem BIP in US-\$.

Quelle: Ostmittel- und Osteuropa im Aufschwung, Aktuelle Analysen führender deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des BMWi, Sammelband 2000/2; Bundesagentur für Außenwirtschaft (Hrsg.): Osteuropa im Integrationsprozess, Sammelband 2002; eigene Berechnungen.

Auch in diesem Jahr wirkt die Geldpolitik insgesamt noch expansiv.

Der Anstieg der Verbraucherpreise in Estland hat sich im Jahresdurchschnitt 2001 gegenüber 2000 auf 5,8% erhöht. Der Preisschub auf der Verbraucherstufe war vor allem im 1. Halbjahr ausgeprägt. Mineralöl- und Nahrungsmittelpreise schnellten in die Höhe. In der 2. Jahreshälfte hat sich der Verbraucherpreisanstieg im Gefolge nachgebender Ölnotierungen und rückläufiger Preise für Nahrungsgüter spürbar verlangsamt. Auf Grund der hohen Gewichtung der Nahrungsmittel im Konsumgüterwarenkorb sind knapp 40% des Inflationsanstiegs im gesamten Jahr 2001 auf die Beschleunigung der Preise für Nahrungsmittel zurückzuführen. Die administrierten Preise (Anteil der preisregulierten Produkte im Konsumgüterwarenkorb: 15%) zogen besonders stark an. Im Jahre 2002 dürfte die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate (Konsumgüterpreise) 5,6%, 2003 4,6% betragen. Auf die Anhebung der regulierten Preise dürften 1-2 Prozentpunkte der diesjährigen Inflationsrate entfallen.

Lettland: Nachdem das Defizit Lettlands im Finanzjahr 2000 auf 121 Mill. LVL (2,8% des BIP) verringert werden konnte, wurde ein Fehlbetrag in Höhe von 67 Mill. LVL (1,75% des BIP) für 2001 als Zielgröße in die Haushaltsplanung aufgenommen. Da der amtlichen Fiskalrechnung für 2001 ein deutlich niedrigeres BIP-Wachstum (4,4%) und eine höhere Inflationsrate (3,5%) als tatsächlich erzielt wurden, zugrunde gelegt worden waren, wurde das Haushaltsziel, trotz deutlich

höherer Ausgaben (rund 300 Mill. LVL mehr als geplant), bei einem Defizit von rund 90 Mill. LVL (1,9% des BIP) nur leicht verfehlt. Das Ende November 2001 vom Parlament genehmigte Budget für das Jahr 2002 sieht ein Defizit in Höhe von 2,45% des BIP vor. Der amtlichen Fiskalrechnung wurden ein BIP-Wachstum von 6,0% und eine Inflationsrate von 3,0% zugrunde gelegt. Das Haushaltsdefizit in der geplanten Größenordnung deutet auf eine Kehrtwende in der lettischen Fiskalpolitik hin.

Angesichts der erreichten makroökonomischen Stabilität und der Vielfalt der zu finanzierenden Aufgaben im Vorfeld des EU- und NATO-Beitritts (Sozialsystem, Gesundheits- und Bildungswesen, Verteidigung und öffentliche Sicherheit sowie Projekte aus dem öffentlichen Investitionsprogramm) ist die lettische Regierung bereit, höhere Haushaltsdefizite einzufahren als mit dem IWF vereinbart wurde. Sie riskiert dabei, dass der Vertrag mit dem IWF bezüglich des Stand-by-Kredits, der im Dezember 2002 ausläuft, nicht mehr verlängert wird. „Latvia no longer needs stand-by loans from International Monetary Fund, and their tough conditions may even restrain the country's quick economic growth“, erklärte im Mai der lettische Finanzminister. Nach Meinung unabhängiger Experten scheint ein Fehlbetrag von bis zu 3% des BIP in der gegenwärtigen Situation der lettischen Wirtschaft unbedenklich zu sein.

In der Wechselkurspolitik lehnt die Bank von Lettland jede Änderung des Wechselkursmechanismus

Tabelle 3
Außenwirtschaft der baltischen Staaten 2001

	Außenhandel			Saldo der EU gegenüber dem Land in Mill. Euro	Leistungsbilanz Saldo in % des BIP	Ausländische Direktinvestitionen	
	Ausfuhren in % der Einfuhren	Ausfuhren in die EU in % der Gesamtausfuhren	Einfuhren aus der EU in % der Gesamteinfuhren			Kumulierter Wert in Euro pro Kopf	jährlicher Zufluss in % des BIP
Estland	77,0	69,4	56,5	19	-6,5	2,084	9,7
Lettland	57,1	61,2	52,6	466	-10,0	970	2,3
Litauen	73,0	47,9	44,4	773	-4,8	720	3,7
nachrichtlich:							
EU-Anwärter ^a	83,8 ^b	67,4 ^b	58,8 ^b	16,863	-4,4	1,137	4,4 ^c
EU-15	101,2	60,1	61,5	x	0,1	7,840	4,1

^a Zehn MOE-Länder; ^b Gewichtet mit den Anteilen an den Gesamtausfuhren bzw. -einfuhren; ^c Gewichtet mit dem BIP in US- $\text{\$}$.

Quelle: Bundesagentur für Außenwirtschaft (Hrsg.): Osteuropa im Integrationsprozess, Sammelband 2002; Strategy Paper and Regular Reports on the progress towards accession by each of the candidate countries, October 9, 2002, <http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/>; eigene Berechnungen.

ab. Die feste Anbindung des Lats an die Korbwährung der Sonderziehungsrechte des IWF bleibt die Grundlage der Wechselkurspolitik bis zum EU-Beitritt. Die einzelnen Korbwährungen sind dabei mit 45% für den US-\$, 29% für den Euro, 15% für den japanischen Yen und 11% für das britische Pfund gewichtet. Der IWF-Korb wird als eine Art moderner Goldstandard gesehen und das Festhalten an ihm mit der Bedeutung der einzelnen Währungen für den lettischen Außenhandel begründet. Im Übrigen wird seitens der lettischen Experten darauf hingewiesen, dass der Korb dafür besser geeignet sei, Kursschwankungen einzelner Währungen auszugleichen.

Erst mit dem EU-Beitritt Lettlands soll der Euro automatisch zur Leitwährung werden. Eine anschließende Aufnahme in die Euro-Zone setzt voraus, dass der Lats zwei Jahre lang maximal um 15% zum Euro schwanken darf.

Trotz der hohen konjunkturellen Dynamik blieb die Inflation in Lettland moderat. Die Konsumgüterpreise sind im Jahresdurchschnitt 2001 um 2,5% gestiegen. Die allgemeine Preisentwicklung war maßgeblich von den Preissteigerungen bei den Nahrungsmitteln bestimmt und nicht, wie in den zurückliegenden Jahren, bei den Dienstleistungen. Auch im Jahr 2002 rechnet die Bank von Lettland mit einer moderaten Steigerung der Verbraucherpreise um 3%. Die lettische Regierung hat sich als Ziel gesetzt, auch mittelfristig die Inflation zwischen 2-4% in den Schranken zu halten.

Litauen: Die in Litauen im Jahr 2000 im Rahmen der Haushaltskonsolidierung erfolgten Ausgabenkürzungen (insbesondere der staatlichen Investitionen), konnten im Interesse des sozialen Friedens und der Stärkung der Wachstumspotenziale nicht beibehalten werden. So erhöhten sich die Ausgaben des zentralen und kommunalen Haushalts (ohne den Sozialversicherungsfonds sowie sonstige außerbudgetäre Fonds wie Privatisierungsfonds) 2001 um 13,0%. Die Einnahmen stiegen nur um 5,8% - bedingt durch die schlechte Steuermoral, auflaufende Steuerrückstände vor allem auf kommunaler Ebene sowie rückläufige Lohn- und Einkommenssteueraufkommen aufgrund sinkender Beschäftigung. Folglich schloss das Haushaltsjahr 2001 mit einem Defizit in Höhe von 1,061 Mrd. Litas (2000: 0,384 Mrd. Litas). Das entspricht 2,2% des BIP (2000: 0,9%). Damit wurde die gegenüber dem IWF eingegangene Verpflichtung, das Haushaltsdefizit auf 1,4% des BIP zu begrenzen, weit verfehlt. Dabei hatte der IWF den Willen des jetzigen Kabinetts zur Haus-

haltsdisziplin mit dem Abschluss einer Beistandsvereinbarung Ende August 2001 (die letzte Übereinkunft war im Juni 2001 ausgelaufen) honoriert, die Litauen einen Stand-by-Kredit in Höhe von 111 Mill. US-\$ eröffnet. Mit dem auf 19 Monate befristeten Darlehen, auf das die Regierung nur im Notfall zurückgreifen will, soll die Wirtschaftspolitik Litauens abgesichert werden.

Der Haushaltsplan für 2002 (zentraler und kommunaler Haushalt) ist expansiv ausgerichtet. Er sieht eine Ausgabenerhöhung um 19% gegenüber 2001 auf 12,26 Mrd. Litas und einen Einnahmeanstieg um 12% auf 10,33 Mrd. Litas vor. Das Defizit steigt um 82% auf 1,93 Mrd. Litas. Das entspricht bei einem prognostizierten Anstieg des BIP um nominal 6,9% einem Anteil von 3,8% am BIP. Erstmals wurde der Verteidigungsetat auf die von der NATO für Beitrittskandidaten vorgegebene Zielgröße von 2% des BIP angehoben.

Die litauische Regierung hat in Abstimmung mit der Zentralbank zum 2. Februar 2002 die Bindung des Litas an den US-\$ als Ankerwährung durch die Bindung an den Euro ersetzt. Dies macht Sinn, weil Litauen nur einen geringen Teil des Außenhandels in US-\$ abwickelt, hingegen rund 45% in Euro. Zusätzlich unterstreicht Litauen mit dem Tausch der Ankerwährung zum einen die Ernsthaftigkeit des Beitrittsbegehrens, zum anderen wird die Beteiligung an der EWWU, die für die Zeit nach dem EU-Beitritt vorgesehen ist, vorbereitet.

Der Preisanstieg war 2001 in Litauen zwar etwas stärker als erwartet, blieb aber im Jahresdurchschnitt sehr gering (1,3%). Dämpfend wirkten der Rückgang der industriellen Erzeugerpreise (-1,3%) sowie der Importpreise (-8,0%). Dazu kam eine moderate Lohnpolitik. Der leichte Preisanstieg auf der Verbraucherstufe war vor allem durch Sonderfaktoren bedingt. Einfuhrbeschränkungen auf Grund der BSE-Krise und der in einigen EU-Ländern ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche verknappten zu Beginn des Jahres 2001 das Angebot an Fleisch und Fleischwaren, so dass die Preise deutlich anzogen. Der jahresdurchschnittliche Konsumgüterpreisanstieg dürfte in diesem Jahr 2,6% betragen.

Arbeitsmärkte und soziale Lage

Estland: Erstmals seit 1997 hat sich in Estland im Zuge der anhaltenden Wachstumsdynamik sowie der entschlossen verfolgten liberalen Arbeitsmarktpolitik die Zahl der Beschäftigten erhöht. Sie stieg im Jah-

resdurchschnitt um 0,9% auf 577 700; die Zahl der Arbeitslosen sank um 6,4% auf 83 100. Trotz des nicht ausgelasteten Arbeitsmarktes ist der Lohnauftrieb unverändert hoch, und die Lohnstückkosten steigen. Real dürften sich die Arbeitnehmerentgelte 2001 um rund 7,5% erhöht haben. Der durchschnittliche Monatslohn stieg um etwa 13% auf rund 5510 EEK. Dabei hat sich die sektorale Lohndifferenzierung erhöht. Im Bereich der Informationstechnologie werden die höchsten Monatsgehälter gezahlt (4. Quartal 2001: 17 943 EEK), Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft werden hingegen erheblich geringer entlohnt (4162 EEK). Der monatliche Mindestlohn, den etwa 15% bis 20% der abhängig Beschäftigten beziehen, wurde zu Beginn des Berichtszeitraums um knapp 15% auf 1600 EEK angehoben. Damit beläuft er sich auf rund 30% des Durchschnittslohnes. Im Sommer 2001 verständigten sich Regierung, Arbeitgeber und -nehmer, den Mindestlohn innerhalb von fünf Jahren sukzessiv auf 40% des Durchschnittslohns anzuheben. Mit Beginn des Jahres 2002 wurde er auf 1850 EEK festgesetzt.

Die signifikante Erhöhung der realen Durchschnittseinkommen Estlands in den letzten Jahren, die beeindruckende Wirtschaftsdynamik und Integration in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, die rasche Modernisierung sowie die bevorstehende Aufnahme in die EU dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die sozialen Spannungen gewachsen sind. Vor allem Bewohner ländlicher Gebiete, ältere Menschen, Arbeitslose und die starke russischsprachige Minderheit zählen zu den sozialen Verlierern des Transformationsprozesses. Das Durchschnittseinkommen ist in den ländlichen Gebieten um rund 40% niedriger als in den Ballungszentren. Die Arbeitslosenunterstützung ist gering, ein Großteil der Arbeitslosen ist von ihr ausgeschlossen. Die durchschnittliche Altersrente beträgt nur das 1,2-fache der – staatlich definierten – Armutsgrenze, der Abstand zur Höhe der Durchschnittslöhne steigt von Jahr zu Jahr.

Lettland: Die Zahl der Beschäftigten in der lettischen Wirtschaft betrug im Jahr 2001 1,037 Mill. Personen und ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Der Stellenabbau im öffentlichen Sektor setzte sich im Jahresverlauf 2001 weiter fort (-1,7% gegenüber 2000). Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten im privaten Sektor um 0,5% gegenüber dem Vorjahr. Damit ist der Anteil des Privatsektors an der Gesamtzahl der Beschäftigten auf 72% gestiegen (1999: 70,0%). Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten steht in einem abhängigen

Arbeitsverhältnis. Der Anteil der Selbstständigen ist sehr niedrig und liegt bei nur rund 6%. Der Rückgang der Arbeitslosenquote (registrierte Arbeitslose) setzte sich auch im Jahresverlauf 2001 kontinuierlich fort und erreichte im Dezember 7,7%; im März 2002 ist die Quote saisonbedingt auf 8,2% gestiegen. Regional differiert die Quote nach wie vor sehr stark; in der Hauptstadt Riga lag sie im März 2002 bei 4,0%, in der Region Rezekne bei 27,6%.

Eine langsame Entspannung der Situation auf dem Arbeitsmarkt, die sich bereits im Jahr 2000 abzeichnete, setzte sich 2001 fort. Dies ist vor allem auf den konjunkturellen Aufschwung der lettischen Volkswirtschaft zurückzuführen. Dazu beigetragen hat auch die von der Regierung seit 2000 mit Hilfe von Nationalen Beschäftigungsprogrammen realisierte aktive Beschäftigungspolitik. Der statistisch ausgewiesene Bruttodurchschnittslohn für sämtliche Sektoren der Volkswirtschaft betrug im Jahr 2001 rund 159 LVL und war damit um 6,0% höher als im Vorjahr. Unter den EU-Beitrittskandidaten weist Lettland das niedrigste Lohnniveau auf. Die Einkommenssituation der privaten Haushalte hat sich im Jahr 2001 im fünften Jahr in Folge verbessert. Die Reallöhne stiegen um 3,5% gegenüber dem Vorjahr. Für die Beschäftigten des öffentlichen Sektors ergab sich eine Reallohnsteigerung in Höhe von 3,6% (2000: 4,7%). Die realen Lohnsteigerungen der letzten Jahre haben zu einem höheren Lebensstandard der lettischen Bevölkerung beigetragen.

Gemäß dem Human Development Index nahm Lettland 2001 weltweit den 50. Rang ein; 1998 bzw. 2000 belegte es noch den 92. bzw. 63. Platz. Gleichzeitig stieg allerdings die Zahl derjenigen, die an dem höheren Lebensstandard nicht teilhaben, sondern in Armut leben. Obwohl es in Lettland keine allgemein definierte Armut gibt, ist Armut als gesellschaftliches Problem nicht zu leugnen. Das Statistische Amt Lettlands unterscheidet zwischen drei Armutgruppen, die weniger als 50%, 60% und 70% der Konsumnachfrage eines fiktiven Konsumenten befriedigen können. Mehr als 20% der Bevölkerung (in ländlichen Gebieten sogar ein Drittel) verfügen über weniger als 50% der Konsumausgaben des fiktiven Konsumenten, die wiederum deutlich unterhalb des offiziell berechneten Existenzminimums liegen. Für 2001 wurde das Pro-Kopf-Existenzminimum mit rund 87 Lats beziffert. Die drei Armutgruppen zusammen machen rund 40% der Landesbevölkerung aus; in ländlichen Gebieten deutlich über 50%. Die Regierung ist langfristig be-

müht (bis zum Jahr 2015), den Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung auf 10% zu senken.

Litauen: Weder das Beschäftigungsprogramm 2001–2004, mit dessen Umsetzung die litauische Arbeitsvermittlungsbehörde im Juli 2001 begonnen hat, noch die im März 2001 novellierten Abschnitte des Arbeitsgesetzbuches, die Regulierungen im Bereich der Privatwirtschaft verminderten und Rigiditäten beim Marktaustritt abbauten, haben bislang das Beschäftigungsklima aufhellen können. Eine Ausdehnung der aktiven Arbeitsmarktpolitik wird ohnehin durch budgetäre Sachzwänge behindert. Im vergangenen Jahr beschleunigte sich trotz der deutlich anziehenden Konjunktur der Rückgang der Zahl der Beschäftigten (im Vergleich zur Vorjahresperiode um 4,0%). Der Rückgang der Zahl der Beschäftigten im Staatssektor setzte sich als Folge des Sparzwanges, der Privatisierungen und struktureller Reformen verstärkt fort (-6,4%); die Zahl der Beschäftigten im privaten Sektor sank - bedingt durch Strukturreformen und Produktivitätsfortschritte - erneut (-3,0%).

Die offizielle Arbeitslosenquote, die auf den von den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen basiert, kletterte zum Jahresende leicht auf 12,9%. Da die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf maximal sechs Monate begrenzt ist, lassen sich viele Arbeitslose kaum länger als ein Jahr registrieren. Die am Arbeitsmarkt angebotenen und nachgefragten Qualifikationen klaffen immer weiter auseinander: Die Arbeitslosigkeit gering Qualifizierter steigt, die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften erhöht sich. Knapp 90% der in Litauen registrierten Arbeitslosen fühlen sich den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht oder nur bedingt gewachsen, so dass ihre Motivation, ein Beschäftigungsverhältnis einzugehen, sehr gering ist. Der gesamtwirtschaftliche nominale Bruttodurchschnittslohn betrug 2001 pro Monat 991 Lit.

Doppelmitgliedschaft in greifbare Nähe gerückt

Seit der wiedergewonnenen Unabhängigkeit verbinden die baltischen Staaten das Streben nach ökonomischer Wohlfahrt mit dem Bedürfnis nach Sicherheit und verfolgen zielstrebig die EU- und NATO-Mitgliedschaft. In den Beitrittsverhandlungen mit der EU haben Estland und Litauen je 28, Lettland 27 Kapitel von allen 30 geöffneten Kapiteln bis zum 1. Oktober 2002 vorläufig geschlossen. Während der dänischen EU-Präsidentschaft wollen die baltischen Länder die übrigen Kapitel schließen. Damit hätten sie

den Zeitplan eingehalten, was einen Beitritt im Jahre 2004 wahrscheinlich macht.

Ein großes Hindernis in den bisherigen Verhandlungen, allen voran Estlands und Litauens, stellte das Energiekapitel des Acquis dar. Um den Beitritt nicht zu gefährden, beugten sich Litauen Mitte Juni und Estland im Juli 2002 dem erheblichen Druck der EU, das umstrittene litauische Kernkraftwerk Ignalina endgültig 2009 vom Netz zu nehmen bzw. die EU-Richtlinien in die estnische Energiepolitik bis Ende 2008 zu implementieren. Offen bleibt, wie und von wem die Kosten der Stilllegung des KKW getragen werden. Das KKW Ignalina, das rund 70% der in Litauen erzeugten Stromenergie liefert, stellt nach Ansicht der EU ein hohes Sicherheitsrisiko dar. Die estnische Stromerzeugung, die zu 90% auf der Verbrennung einheimischen Ölschiefers basiert, ist ebenfalls ein Risikofaktor. Der Abbau und die Verstromung des Ölschiefers führen zu erheblichen Umweltbelastungen. Der Wirkungsgrad von Ölschiefer zum Zwecke der Stromerzeugung ist zudem gering. Andererseits kommt eine rasche Reduzierung des Ölschieferverbrauchs für Estland aus ökonomischen, sozialen, regionalen und politischen Gründen kaum in Frage, da zum einen der Ölschiefer eine sichere Energiequelle ist, zum anderen in der Nordwest-Region konzentriert ist, in der die Arbeitslosigkeit besonders ausgeprägt ist.

Während breite Kreise der estnischen, lettischen und litauischen Bevölkerung der EU-Mitgliedschaft skeptisch bzw. ablehnend gegenüber stehen, wird die NATO-Mitgliedschaft mehrheitlich befürwortet. In Tallinn, Riga und Vilnius wird fest damit gerechnet, dass die Einladung auf dem NATO-Gipfel in Prag, im November 2002, ausgesprochen wird. Die meisten Esten, Letten und Litauer befürworten den NATO-Beitritt nicht nur aus sicherheitspolitischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen, denn eine NATO-Mitgliedschaft wird in ihren Augen auch die notwendige Stabilität und Sicherheit für Investoren mit sich bringen. Sollten die drei baltischen Staaten bereits im November eine Einladung zum NATO-Beitritt erhalten, wird allgemein befürchtet, dass die Unterstützung der Bevölkerung für den EU-Beitritt nachlassen würde, was im Vorfeld des Referendums über den EU-Beitritt katastrophale Folgen hätte. Daher müssen die Regierungen der baltischen Staaten noch viel Überzeugungsarbeit leisten und der eigenen Bevölkerung klarmachen, dass es sich bei der Doppelmitgliedschaft um verbundene Bereiche handelt, die nur zusammen Sicherheit und Wohlstand langfristig garantieren können.